



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Uli Henkel, Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller** und **Fraktion (AfD)**

### **Nie wieder Kontrollverlust – lückenlose Identifizierung von Flüchtlingen aus der Ukraine sicherstellen und illegale Trittbrett-Einwanderung sofort konsequent unterbinden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, und insbesondere auch die eigenen Landespolizeikräfte dazu anzuweisen, alle bei uns eintreffenden Flüchtlinge, die angeben, vor dem Krieg in der Ukraine geflohen zu sein, lückenlos und eindeutig im Rahmen erkennungsdienstlicher Maßnahmen zu identifizieren. Hierzu sind umfassende Grenzkontrollen, insbesondere an den östlichen deutschen Außengrenzen durchzuführen.

Der Landtag stellt fest, dass sog. Drittstaatler, die gem. den glasklaren Vorgaben der sog. Massenzustromrichtlinie nicht den Schutzstatus der Ukrainer genießen, weil sie am 24.02.2022 keinen dauerhaft gesicherten Aufenthaltsstatus in der Ukraine genossen haben, so wie das bei den angeblichen Studenten vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten der Fall ist, dürfen insoweit also nicht einfach ins Land gelassen werden. Die Verfahren von Personen ohne ukrainische Staatsbürgerschaft bzw. von Personen, die keine Ausweisdokumente mit sich führen, sind beschleunigt zu bearbeiten, um eine zeitnahe Rückführung in die sicheren Heimatländer dieser Drittstaatler zu gewährleisten. Damit soll ein klares Signal ausgesendet werden, dass ein Ausnutzen des Krieges in der Ukraine zur illegalen Einwanderung in die EU und die Sozialsysteme ihrer Mitgliedstaaten diesmal nicht toleriert wird.

### **Begründung:**

Unter die zahlreichen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, überwiegend hilfsbedürftige Frauen und Kinder, mischen sich zunehmend auch junge männliche Personen aus anderen, hauptsächlich in Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten zu verortenden, Herkunftsländern. Die genauen Identitäten sind dabei in der Regel unklar, laut Presseberichten soll es sich um angebliche Studenten aus der Ukraine handeln, allerdings wird insbesondere im europäischen Ausland auch schon davor gewarnt, dass illegale Migranten ihren Zugang in die EU mittels gefälschter ukrainischer Pässe und Aufenthaltstitel zu erschleichen suchen. Es fällt auf, dass diese Gruppe der Drittstaatler, die auch weder russisch noch ukrainisch noch englisch sprechen, anders als die Ukrainer, meist sogar gar keine gültigen Ausweisdokumente oder nur eine Art Studentenausweis mit sich führen – ein Indiz welches doch stark an 2015 erinnert.

In jedem Fall gilt es, möglichst zügig die Identität dieser Einreisenden zu klären, mögliche Sicherheitsrisiken zu identifizieren und eine illegale Einwanderung in unsere Sozialsysteme durch diese Trittbrettfahrer konsequent zu unterbinden.

Dies ist nicht nur ein Dienst gegenüber der eigenen Bevölkerung, sondern erhöht auch den Schutz der tatsächlich vom Krieg in der Ukraine verfolgten Personen. Fälle, wie die

Vergewaltigung einer ukrainischen Geflohenen durch arabische Migranten in einer temporären Asylunterkunft sind ein Skandal. Sie müssen eine Mahnung an alle Verantwortlichen sein, Zustände wie auf der Kölner Domplatte nie wieder zuzulassen, da die bislang sehr empathische und engagierte Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die neue Flüchtlingskrise sonst in naher Zukunft schon dramatisch umschlagen könnte. Ein Kontrollverlust wie im Rahmen der Migrationskrise von 2015 darf sich deshalb auf keinen Fall wiederholen.

Die Staatsregierung soll deshalb in jeder erdenklichen Form auf die Bundesregierung einwirken, um diese zu den hierzu notwendigen Schritten zu bewegen, vor allem aber auch die im eigenen Wirkungsbereich möglichen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört insbesondere die lückenlose und eindeutige Identifikation mittels einer erkennungsdienstlichen Behandlung aller aus den europäischen Nachbarstaaten einreisenden Personen, die angeben, vor dem Krieg in der Ukraine geflohen zu sein. Dafür wird es zumindest temporär unabdingbar zu sein, die Kontrollen an den östlichen deutschen Außengrenzen umfassend wiederaufzunehmen. Des Weiteren müssen diejenigen Personen, die vorgeblich infolge des Ukrainekriegs einreisen, welche aber über keine ukrainische Staatsbürgerschaft verfügen und nicht als Drittstaatler unter die Regelungen der Massenzustromsrichtlinie fallen, möglichst schnell in ihre Heimatländer zurückgeführt werden, auch um Nachahmungseffekte im Keim zu ersticken. Dies erfordert eine beschleunigte Behandlung etwaiger Asylfolgeverfahren – haben diese Studenten ja eine eigene, sichere Heimat und damit kein Recht, dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche zu liegen. Trittbrettfahrer dürfen deshalb in keinem Falle von den Privilegien für Ukrainer profitieren.